

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Infrastruktur- und Bauausschusses vom 22.03.2023

Öffentlicher Teil

TOP . Sachstand: Realisierung Investitionen 2022/2023
0260/2023
Entscheidung
ungeändert beschlossen

Herr Krüger erklärt, dass eine vorgefertigte Antwort bestehe und der Niederschrift beigelegt werde. Sollten hierbei Unstimmigkeiten bestehen oder Fragen entstehen, würden die Anfragen zur nächsten Sitzung beantwortet werden.

Herr Bald sagt zu, dass die vorgefertigte Antwort den Fraktionen bereits am Morgen nach der Sitzung durch Herrn Krüger zur Verfügung gestellt werden solle.

Auf bitte von Herrn Schmidt sagt Herr Bald zu, den aktuellen Sachstand zur Straße Schleipenbergstr. bei dem Wirtschaftsbetrieb Hagen zu erfragen. Herr Schmidt bedankt sich und möchte zusätzlich wissen, wie man mit Maßnahmen umgehe, die beispielsweise im Jahr 2017 im Haushaltsplan stünden aber nicht im selben Jahr hat durchführen können.

Herr Bald erläutert, dass man regelmäßig in Kontakt mit der Stadtkämmerei stünde und offen über Maßnahmen spreche, die im angegebenen Haushaltsjahr nicht realisiert werden können. Anders als in den Vorjahren, bestehe jetzt die Möglichkeit, die geplante Summe für eine nicht realisierbare Maßnahme, in andere Projekte zu investieren. Preissteigerungen seien in den letzten Jahren unter anderem auch ein Grund gewesen, dass Maßnahmen aus dem Haushaltsplan nicht in der geplanten Zeit umgesetzt werden konnten. Maßnahmen, die nicht realisiert wurden, würden aber weiter berücksichtigt. Diese würden nur zeitlich verrückt werden. Zudem habe man Schwierigkeiten, Firmen mit humanen Preisschätzungen, für sich zu gewinnen. Auch personalbedingt gebe es Schwierigkeiten. Man suche händeringend nach qualifizierten Mitarbeitern und selbst auf externe Ausschreibungen habe es für eine EG13 Stelle keine Bewerbungen gegeben.

Herr Treß merkt an, dass die Anfrage auch den Wirtschaftsbetrieb Hagen betreffe und nicht nur den Hochbau des Fachbereichs 65. Herr Bald sagt zu, die Anfrage auch an den Wirtschaftsbetrieb Hagen weiterzuleiten.

Bemerkung der Schriftführung: die Anfrage wurde vom Fachbereich 65 an den Wirtschaftsbetrieb Hagen weitergeleitet. Eine Antwort steht noch aus.

Anlage 1 Stellungnahme Antrag CDU

Anlage 2
men

2023-03-22_Tabelle Antwort Frage 1 CDU Anfrage Stand Investitionsmaßnah-

Stellungnahme Anfrage CDU für den IBA am 22.03.2023

1. In 2022 wurden durch den Fachbereich 65 insgesamt 40 Investitionsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 28 Mio. € fortgeführt, die bereits in Vorjahren begonnen wurden. Für diese Maßnahmen wurden in 2022 insgesamt rd. 5 Mio. € verausgabt. In diesem Zusammenhang konnten 13 Maßnahmen mit einem Volumen von insgesamt 7,1 Mio. € abgeschlossen werden.

Zusätzlich wurden in 2022 81 konsumtive Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 25 Mio. € aus diversen Förderpakten oder Rückstellungen durch den Fachbereich 65 bearbeitet. Davon konnten in 2022 27 Maßnahmen mit einem Volumen von 5 Mio. € fertiggestellt werden. Im gleichen Jahr konnten insgesamt Mittel in Höhe von 6 Mio. € verausgabt werden.

Für 2022 wurden zu den bereits abzuarbeitenden Maßnahmen weitere Investitionsmaßnahmen mit einem Volumen von 15,3 Mio. € in den Haushalt 2022 eingestellt. Davon wurden in 2022 12 Maßnahmen mit einem Haushaltsansatz von insgesamt 14 Mio. € bearbeitet. Abgeflossen sind in 2022 rd. 2,1 Mio. €. Des Weiteren wurden im gleichen Jahr weitere Aufträge in Höhe von 700.000 € vergeben.

Durch das Hochwasserereignis und die Unterbringung von Flüchtlingen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine kamen weitere nicht geplante Herausforderungen auf den Fachbereich 65 zu. Auch diese mussten mit den vorhandenen Kapazitäten im Fachbereich 65 bewältigt werden. Hier mussten in 2022 Maßnahmen an ca. 80 Objekten und zahlreichen zusätzlich bereitgestellten Flüchtlingsunterbringungen durchgeführt werden. Dies führte zu zusätzlichen Aufwendungen in Höhe von 10,1 Mio. €.

2. Von den in 2022 veranschlagten Mitteln für Investitionsmaßnahmen müssen 13 Mio. € in das Jahr 2023 übertragen werden.

Dies liegt an folgenden Ursachen:

a. Hochwasser und Krieg in der Ukraine – Hier mussten Kapazitäten, die ursprünglich für die Abarbeitung der geplanten Investitionsmaßnahmen vorgesehen waren, für die Beseitigung der Flutschäden sowie die Unterbringung von Flüchtlingen verlagert werden.

b. Schwierigkeiten bei der Besetzung der Stellen im technischen Geschäftsbereich – Trotz vieler Ausschreibungsverfahren, war es nicht möglich, die zahlreichen nicht besetzten Stellen zeitnah mit geeignetem Personal zu besetzen. Die Besetzung der Stellen war allerdings Grundlage für die Einplanung der Maßnahmen in den Haushalt.

c. Fehlende Kapazitäten bei externen Firmen, Ingenieurbüros – Durch die derzeitige Marktlage sind die externen Firmen und Ingenieurbüros extrem ausgelastet, was die Beauftragung stark verzögert.

3./4. Vorrangig werden die Maßnahmen bearbeitet, die auch gemäß der Prioritätenbildung bereits für 2022 eingeplant wurden. Dabei ist zu beachten, dass eine Vielzahl der Maßnahmen auch gemäß der Planung über das Jahr 2023 hinaus angesetzt ist. Ziel ist es möglichst viele Maßnahmen zu beginnen bzw. umzusetzen. Die unter 2. geschilderte Problematik besteht

auch für 2023 weiter fort, was eine genaue Prognose zur Abarbeitung der Maßnahmen erschwert.

5. Zum jetzigen Zeitpunkt kann somit aufgrund der beschriebenen Schwierigkeiten nicht vorhergesagt werden, welche Mittel aus 2022 in 2023 nicht verausgabt werden.

Fehler beim Einfügen eines Dokuments:

Anlage 2 2023-03-22_Tabelle Antwort Frage 1 CDU Anfrage Stand Investitionsmaßnahmen
liegt nicht im PDF Format vor.